

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammsitz: Gebr. Arnhold, Dresden und Zsch. Staatsbank.

Verlagspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn "Kost der Arbeit" und "Kost und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 581. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 581. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefnachlieferung 10 Goldpf.

Nr. 61

Dresden, Mittwoch den 12. März 1924

35. Jahrg.

Des Helden Rahe Entkleidung

Hochverräter's Komödienpiel

Im Komödienpiel in München ist nun die Hauptperson aufgetreten: der Generalstaatskommissar Gustav Rahe, der ein halbes Jahr lang die gesamte Staatsmacht Bayerns in Händen hielt und mit Löffow, Seiber, Pöchner, Dittler und Lubendorff zusammen am 8. November im Bürgerbräu-Keller die neue deutsche Reichsgewalt spielte.

Dieser gefährliche Mann, dieser starke Kerl, der das biedere deutsche Volk von der "Schmach des Märzens" erlösen sollte, erweist sich durch seine halbe Selbstoffenbarung im Münchner Gerichtssaal als — erbärmlich klein. So soll der deutsche Siegfried ausbleiben? Das Gott erbar!

Dieses Reinklein Rahe ist sich über die elementarsten Voraussetzungen politischen Erfolges und männlichen Handelns nicht einmal klar. Er möchte wohl — und will doch nicht. Er tut nur so — und kann dann nicht. Er löst die Fremde in seine Hände — und schmeißt sie dann ins Loch. Er bläst sich als Diktator — und duckt sich vor dem Befehl zum Rücktritt, unter den dunklen Tisch. — Komödienpiel ist alles!

Dem Reich gegenüber ist Rahe der vollendete Hochverräter. Er hat es mit dem Republikanischen Reich, dem Reichsanwalt verurteilten Hochverräter (Schardt, Rohbach ujm.), er verbündet sogar mit ihnen gegen die Reichsgewalt. Er bestet den Meutereigeneral Löffow, läßt die Reichsmehr auf Bayern, das heißt auf Rahe selbst, vereidigen. Er nimmt das Gold des Reiches weg. Er hält dem Reich die Steuern zurück. Einen abgefeimteren, brutaleren Hochverräter hat es nie gegeben.

Und das Ziel des Rahe? Er will ein Reichsdirektorium, dessen drei bis fünf starke Männer von ihm ernannt werden sollen und als dessen Spitze natürlich er sich selber denkt. Dazu sichert er sich das Narkotikum des Reiches, soweit es in Bayern erreichbar ist, die Reichsmehr. Dazu auch sichert er sich die organisierten Verbände der Hitler, Rohbach, Schardt, die zwar vom Reich verboten sind, die aber Rahe liebevoll entwickelt. Nur müssen die Führer ihm ehrenrätlich geloben, daß nur er, Rahe, selber das Feld zum Kampf geben darf. Auch den "Egen Gottes" sichert er sich durch den Stellvertreter des Papstes.

So weit so gut. Sogar glänzend. Aber nun bekommt die zweite Seele in der Brust des Helden die Oberhand. Hitler will mit herrschen, er schlägt endlich los, um Rahe das erbärmliche Jögern abzugewöhnen. Das kränkt den eiteln Diktator, er will das Reichsdirektorium selber machen. Er will den Zeitpunkt bestimmen, weil er irgendwo über Hitlers Ansprüche und über Lubendorffs gesunkenen Ruf Verdientes bekommt. Also los — gegen Hitler und Lubendorff. Aber nicht offen und ehrlich, sondern durch Komödien- und Lüge. Hitler brach sein "Ehrenwort", aber sein Drängen war ehrlich. Rahe brach den Ritterkutschworenen durch läusches, raffiniertes Komödienpiel die Treue — das war feige. Hitler ist ein großmahnfüßiger Löffow, aber immerhin ein Kerl. Rahe ist ein enghirniger Gewaltmensch, der nur groß im Kleinen ist, aber kein Mann und kein Charakter.

Und nun kein Spiel im Gerichtssaal. Wie ein kriminellster Anfänger sucht er sich herauszureden. Sein Hochverräter "Waterlandbreitung", nur die anderen hätten Schuld. Bei brennlichen Fragen verkrächert er sich in die allgemeine Sitzung und verkanzt er sich hinter "das Ministerium" dessen Gewalt er ja schon usurpiert hatte. Die Kernfrage über überlegt er mit Schweigen. Und diese Kernfrage ist, daß er ja mit den angeklagten Hochverrättern im Bürgerbräu gemeinsame Sache gemacht, die Angeklagten also im Bunde mit der bayerischen Staatsgewalt waren, infolgedessen sie gar keinen Hochverräter gegen Bayern begangen haben können. War es jedoch Hochverräter, dann war Rahe der Haupthochverräter. Stimmt, stimmt auffallend.

Noch mehr: Rahe ist der wirkliche Hochverräter gegen das Reich. Erst um ihn hat sich der Trost Hochverräter gesammelt, den der Rahe mit seiner bayerischen Wirtschaft hochschützte.

Rahe gehört vor den Staatsgerichtshof in Leipzig.

Das Münchener "Volksgericht" ist nur ein Zwischenpiel in dem Komödienpiel der Hochverräter. Das Reich sollte die Kraft aufbringen, in Leipzig das Spiel zu einem ernstesten Drama zu gestalten.

beeidigt bekommen werde, erklärte Rahe: „Ich werde, beidigt oder unbeidigt, das sagen.“

„Was ich für wahr halte.“

Für mich handelt es sich nicht um meine Person, sondern um den Staat.“ Dann begann er mit der Schilderung der politischen und wirtschaftlichen Lage im Reich und in Bayern, die am 28. September 1923, als er zum Generalstaatskommissar ernannt wurde, für ihn gegeben war:

Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung rief die Gefahr schwerer sozialer und politischer Unruhen herauf. Streikeman selbst hat das Kabinett der großen Koalition als die beste parlamentarische Möglichkeit bezeichnet, aber in Halle des Verlegens ein Direktorium folgen mußte. Dazu kam der Eintritt der Kommunisten in die Regierung in Sachsen und Thüringen. In Bayern glaubten die Kreise um Hitler, unter Anwesenheit über die Staatsautorität die Krise als eine reine Machtfrage, hauptsächlich in den Waffen, lösen zu sollen. Angesichts dieser Zustände bestand in Bayern die Aufgabe, die Staatsordnung unbedingt zu sichern, alle Kräfte zusammenzuschließen und je nach Lage der Verhältnisse auch zur Wiederherstellung der Ordnung im Reich einzusetzen.

Der steigende politische und wirtschaftliche Verfall setzte weitere Vorkrisen in latente Aufregung und erfüllte alle Patrioten mit tiefer Sorge und dem Gedanken, daß nur eine Umgestaltung und eine starke Zusammenfassung der Kräfte der Regierungsgewalt im Reich noch einige Hoffnungen auf Rettung bringen könnte. So erschien mir wie anderen Volksgenossen nach den Lehren der Beispiele der Weltgeschichte es als Notwendigkeit, zur Lösung der übermenschlichen Aufgaben im Reich ein überparteiliches Direktorium zu schaffen.

Es war nicht an eine militärische Aktion gedacht, sondern an die Herbeiführung eines politischen Druckes. Diese Beiratsorgane sind auch nicht hinter dem Rücken der bayerischen Regierung erfolgt. Löffow und Seiber haben mit wiederholt schon am Beginn des Monats September auf Grund ihrer Verbindungen mit Hitler von dem Gedanken Kenntnis gegeben, wonach nur eine in Bayern ausgeübte und mit Waffengewalt nach Norddeutschland vorgetragene Diktatur Hitler-Lubendorff die Not im Reich beheben könne. Mit einem solchen Vorgehen sollte die bayerische Regierung unbeeinträchtigt bleiben, wenn sie nur den geplanten Vormarsch nicht hindere. Löffow, Seiber und ich haben von Anfang an und ohne Schwanken diesen Gedanken als Katastrophe für Bayern und das Reich bezeichnet. Die Auf-

gabe, den Vertretern dieser Idee deren Undurchführbarkeit und Schädlichkeit nahezubringen, übernahmen Löffow und Seiber, weil sie mit Hitler und Lubendorff in Beziehungen standen, während ich mit Hitler seit Anfang 1923 in keinerlei persönlicher Verbindung mehr stand. Meine Beziehungen zu Lubendorff waren vorübergehend und rein gesellschaftlicher Natur. Löffow, Seiber und ich waren uns klar, welche unheilvollen Folgen ein solcher bayerischer Marsch nach Berlin für Bayern und für den Bestand des Reiches haben mußte. Es war uns bekannt, daß auch außerhalb Bayerns Teile der nationalen Kreise den Namen Lubendorff schon wegen der außenpolitischen Wirkung ablehnen und Hitler ganz bestimmt ablehnen würden. Der Vormarsch Hitlers mußte weiter zu einem zweiten Krieg 1898 führen und außerdem dazu, daß das einzige, durch jahrelange mühsame Arbeit des Generals v. Seeckt und seiner Offiziere aufgetauchte Machtinstrument des Reiches, die Reichswehr, zerfallen würde, mit dem Deutschland den Kommunismus niederhalten könnte. Diese absolut ablehnende Stellung unferne hatten wir wiederholt zur Kenntnis Hitlers gebracht, worauf er mir einmal durch Seiber mitteilen ließ, er würde mir zunächst neutral gegenüber und werde nichts unternehmen, ohne mich vorher in Kenntnis zu setzen. Er wolle aber, daß ich im Falle der Krise sei, das mein Weg nach Paris geht, der seine aber nach Berlin. — Im Oktober trat sich die Wehrkreiskommission in Sachsen und Thüringen zur Verwendung kommt.

Damit hängt die Frage zusammen, daß in solchen Fällen ein Zivilistenkommissar dem militärischen Führer zur Seite gestellt wird. Ich glaube, daß das eine Aufgabe sei, die Löffow und Seiber erwiderte, er würde event. bereit sein, die Stelle eines Kommissars für Nordbayern mit späterer Verwendung in Thüringen und Sachsen zu übernehmen, aber nur bei Erteilung weitgehender Vollmachten. Für Bayern habe er kein Interesse; das sei ihm völlig gleichgültig, er interessiere sich nur für das große Deutschland. Seiber teilte mir einige Tage später mit, er habe die in Frage kommenden Vollmachten Löffow zur Kenntnis gegeben, und dieser habe daraufhin erklärt, daß er für eine solche Aufgabe nicht zur Verfügung stehe. Anfang November berückichtigten sich die Gerüchte, daß in vaterländischen Verbänden mit

gewalttätigen Schritten gegen Thüringen und Sachsen gerodet werde. Ich bezief deshalb die Vertreter der Verbände am 8. November zu mir, um sie vor solchen Dingen zu warnen. Ich sprach davon, daß wir im Reich eine stark nationalgerichtete Regierung bräuchten und daß diese einander auf dem normalen

Entscheidungen des Parteivorstandes

Die Berliner Kandidaten-Aufstellung

Der Parteivorstand teilt mit:

Der Parteivorstand hat gemäß § 18 Absatz 2 des Organisationsstatuts angeordnet, daß die Kandidaten für den Reichstagswahlbezirk Berlin und Zeltow-Beetzow auf dem Bezirksparteitag vom 2. März d. J. aufzustellen sind. Im Falle einer Entscheidung durch ihn möglichst zu vermeiden, die nur im äußersten Notfall angängig erscheint, hat der Parteivorstand die Parteiorganisation für Groß-Berlin angeordnet, den Bezirksparteitag erneut zusammenzubekommen und ihm die vom Berliner erweiterten Bezirksvorstand aufgestellte Vorschlagsliste für beide Reichstagswahlbezirke als Ganzes zur Annahme zu empfehlen. Die Berliner Organisationsleitung hat dieser Aufforderung des Parteivorstandes entsprochen. Der am 8. März erneut zusammengetretene Bezirksparteitag hat mit 256 gegen 216 Stimmen in einstimmiger, von niemand angezeigter Abstimmung beschlossen, die beiden vorgelegten Kandidatenlisten als Ganzes anzunehmen.

Bei der Verkündung des Wahlergebnisses stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, daß damit der Antrag, der das strittige Resultat des Bezirksparteitages zum 2. März anerkannt wissen wollte, als auch der weitere Antrag, der eine Einzelabstimmung über die Stellen der Linken verlangte, erledigt seien. Nach dieser widerspruchlos erfolgten Bestätigung des Vorsitzenden war es — nach der einstimmigen Auffassung des Parteivorstandes — unzulässig, die Frage der Einzelabstimmung erneut zur Abstimmung zu bringen, da das zur Folge haben müßte, daß durch rechtswidrigen Beschluß erledigte Fragen immer wieder ins Endlose hinein angefochten und zu ihrer Entscheidung erneute Beschäftigung gefordert werden könnte, ein Verfahren, das die Partei zum öffentlichen Gespött machen müßte.

Nachdem die beiden auf der Liste für die Stadt Berlin an achter und neunter Stelle gewählten Kandidaten auf dem Bezirksparteitag vom 8. März auf diese Kandidaturen verzichtet hatten, hat der Parteivorstand sie ersucht, ihren Verzicht im Interesse des inneren Parteifriedens zurückzuziehen. Leider haben sie verneinend geantwortet. Der Parteivorstand stellt nunmehr einmütig fest, daß die Kandidatenlisten durch Beschluß des Berliner Parteitages vom 8. März folgende Gestalt erhalten haben:

Berlin: 1. Crispian, 2. Heilmann, 3. Wöhr-Schuch, 4. Aufhäuser, 5. Richard Fischer, 6. Rofes, 7. Wäger, 8. Jochim.

Zeltow-Beetzow: Juchel, Ed. Bernstein, Künstler, Kyned, Loewenstein, Heimo, Krille, Holz, Ella Seeger, Reimann.

Der Parteivorstand ersucht alle Parteigenossen von Groß-Berlin dringend, nunmehr alle inneren Differenzen zurückzustellen, sich einig und geschlossen hinter die vom Bezirksparteitag aufgestellten Listen zu stellen und mit gesammelter Kraft den Wahlkampf zu führen gegen alle Widersacher der Partei von links und von rechts!

Der Parteivorstand.

Keine Verfeinerung wegen parlamentarischer Haltung

Der Parteivorstand teilt mit:

Bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen ist in letzter Zeit an manchen Orten der Reichstag gefordert worden, daß Reichstagsabgeordnete nicht wieder aufgestellt werden dürften, die in der Fraktion oder im Plenum für das zweite Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Eine solche Disqualifizierung von Parteigenossen durch Organisationsbeschlüsse ist unzulässig und widerspricht dem Wortlaut und dem Geiste des Organisationsstatutes der Partei.

Solange sich Parteigenossen im Vollbesitz der im Organisationsstatute niedergelegten Parteirechte befinden, können sie nicht von Parteiamt und Kandidaturen ausgeschlossen werden, weil sie in einer besonderen politischen Situation als Parlamentarier eine bestimmte Haltung eingenommen haben. Das Einreichen solcher Sitten würde dazu führen, daß sich bei schwerwiegenden Entscheidungen im Parlament innerhalb der Partei zwei Gruppen bilden, von denen jede dort, wo sie die Mehrheit hat, die Disqualifizierung der anderen eingestellten Abgeordneten betreiben würde. Gerade und ehrliche Naturen würden unter solchen entwürdigenden Umständen die Übernahme eines parlamentarischen Mandats ablehnen, und jede Partei, die solche Sitten dulden würde, ließe Gefahr, im Parlament von Deutlichen, Bestimmungslampen und Streichern vertreten zu werden.

So selbstverständlich das Recht jedes Parteigenossen ist, aus freier Entschliebung bei der Aufstellung von Kandidaturen zum Reichstag seine Stimme abzugeben, das System der Verfeinerung von Abgeordneten und der Ausschließung von Ehrenämtern durch Organisationsbeschlüsse wegen einer parlamentarischen Abstimmung ist unzulässig und entbehrt der parteirechtlichen Gültigkeit.

Der Parteivorstand über Koste's Kandidatur

Genover, 10. März. (Eig. Draht.) Die Helgener Konferenz der S. P. D. für den Reichstagswahlbezirk Harburg, Stade, Lüneburg beschäftigte sich nochmals am Sonntag mit der Spitzenkandidatur Koste. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Parteiorganisation für den Bezirk Hannover erklärte sodann, daß er eine Kandidatur Koste nicht gern sähe, weil der Oberpräsident dadurch seinen hohen dienstlichen Verpflichtungen teilweise entgegen werden könnte. Es kam zu keiner endgültigen Einigung. Die Abstimmung ergab eine ungeschlossene Stimmengleichheit zwischen den Befürwortern und den Gegnern der Kandidatur. Infolgedessen wird sich der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in Berlin mit der Frage zu beschäftigen haben und die endgültige Entscheidung fällen.

Rahe's „Reichsdirektorium“

München, 11. März. (Eig. Draht.) Die angekündigte Vernehmung Rahe's sollte den Verhandlungsstand bis auf den letzten Stand. Der einstige Generalstaatskommissar und jetzige Regierungspräsident von Oberbayern trat mit einem biden Akt bewaffnet in den Saal, den er selbst auf das bereitgestellte Pult ausstiegt. Wer Herr Rahe kennt, weiß, daß er keine Reden in der Regel sagt. Er sprach monoton ab, und darum war der Diktator des Bürgerbräu, der Herr Rahe dürfte nicht ablesen, wohl am besten. Auf die Bemerkung, daß er wegen seiner äußeren Beteiligung an den Vorgängen im Bürgerbräu-Keller zunächst un-